

Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften

Klaus Pickshaus

1. Umbruchsituation und Zukunftsdiskussion — 2. Klassen- und Sozialstrukturveränderungen und neue Organisationsprobleme der Gewerkschaften — 2.1. Soziale Umschichtungen in der Arbeiterklasse — 2.2. Die Zielgruppen der Angestellten — 2.3. Neue Anforderungen an die Gewerkschaftspolitik — 3. Betrieb oder Reproduktionsbereich als Basis gewerkschaftlicher Arbeit? — 3.1. Verliert der Betrieb an Bedeutung? — 3.2. Neue Organisationsformen im Reproduktionsbereich und die Erneuerung gewerkschaftlicher Betriebspolitik — 4. Gewerkschaftszukunft und politische Perspektiven

1. Umbruchsituation und Zukunftsdiskussion

Nahezu alle Analysen, die sich in den letzten Jahren mit der Situation und Perspektive der Gewerkschaften beschäftigten, rückten die grundlegenden Veränderungen ihrer Handlungsbedingungen in den Mittelpunkt. Politikmuster, die dem Modell eines prosperierenden Kapitalismus verhaftet blieben, wurden zunehmend in Frage gestellt. Es wurde auch offensichtlich, daß die einschneidenden Veränderungen nicht nur durch zyklische Krisenprozesse bedingt, sondern mit einem „Epochenwechsel von einer ungewöhnlich langen Periode der relativen kapitalistischen Prosperität und Stabilität zu einer längeren Stagnations- bzw. Depressionsperiode des Kapitalismus verbunden sind“.¹ Diese neuen Konstellationen, die sich seit Mitte der 70er Jahre abzeichnen, bestimmen auch die Ausgangslage für den nächsten überschaubaren Zeitraum.

Mit diesem Wandel sind Merkmale eines neuen Entwicklungstyps des Kapitalismus erkennbar geworden, der in der Diskussion als privatmonopolistische Entwicklungsvariante des SMK bezeichnet wurde.² Dabei geht es im Kern um einen neuen monopolistischen Akkumulationstyp unter der Bedingung eines wachsenden Internationalisierungsgrades und des Wirksamwerdens der wissenschaftlich-technischen Revolution. Bei der Durchsetzung dieses Kurses besitzt die weltmarktorientierte Modernisierungsstrategie eine Schlüsselrolle.

1 F. Deppe, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende, Köln 1984, S. 16.

2 Vgl. hierzu H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1, Frankfurt/M. 1978, S. 9 ff. Vgl. auch den Beitrag von Jörg Huffschild in diesem Band.

Die Auswirkungen dieser bereits unter der SPD/FDP-Regierung betriebenen, durch die konservative Regierung aber rigoros forcierten Entwicklung für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sind gravierend. Zu Recht wird schon heute von einem Umbruch des Produktions- und gesamten Produktivkraftsystems gesprochen, dessen Dimensionen erst in den nächsten Jahrzehnten — insbesondere für die gewerkschaftliche Organisationskraft und Handlungsfähigkeit — vollends absehbar sind. Mit der breiten Anwendung elektronischer, informationsverarbeitender Technologien werden nicht nur manuelle Arbeitsfunktionen, sondern zunehmend auch geistige, speziell informationsverarbeitende Funktionen auf technische Systeme und Maschinen übertragen, wodurch sich die Anforderungen an die Beschäftigten und die Proportionen zwischen den einzelnen beruflichen und Qualifikationsgruppen rasch verändern. Dies beschleunigt die Umstrukturierung im gesellschaftlichen Gesamtarbeiter mit dem breiten Wachstum höher und hochqualifizierter Lohnarbeitskräfte und Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten bzw. Intelligenz; zugleich werden unter kapitalistischen Bedingungen die Tendenzen der Freisetzung und Entwertung lebendiger Arbeit und Arbeitskraft verstärkt und so die Existenzbedingungen der arbeitenden Klasse verschlechtert.

Der Umbruch des Produktions- und Produktivkraftsystems, der durch die Modernisierung vorangetrieben wird, bewirkt neben den Umschichtungen in der Klassenstruktur massive Tendenzen der sozialstrukturellen Polarisierung, die durch den zyklischen Krisenprozeß noch verschärft werden.

Vertreter des Kapitals und der Konservativen knüpfen an diese Umbrüche in Produktion, Klassenstruktur und Lebensweise der Lohnabhängigen Hoffnungen auf eine generelle Schwächung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Ihre strategischen Konzepte zielen nicht nur auf eine repressive Einschränkung von Gewerkschaftsrechten, sondern auf eine Aushöhlung kollektiver Schutzrechte durch Flexibilisierung und Deregulierung von Normalarbeitsverhältnissen und Arbeitszeiten. Die Auseinandersetzung mit diesen Plänen ist nicht nur ein zentrales tarifpolitisches Konfliktfeld geworden, wie die Arbeitskämpfe um die 35-Stunden-Woche 1984 belegten, sondern auch der staatlichen Politik.³ Es verbindet sich mit dem Konflikt um ein weiteres Ziel konservativer Strategie: dem Abbau und repressiven Umbau des Systems der Sozialleistungen.

Es zeigt sich, daß die Durchsetzung der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit einer starken Änderung der Verteilungsproportionen und damit einer Schwächung der Gewerkschaften verknüpft wurde, um damit auch Positionsgewinne für die Arbeiterklasse insbesondere aus der Reformphase Anfang der 70er Jahre wieder zu liquidieren. Mit welcher Rigorosität und Reichweite diese Entwicklungsvariante zum Tragen kommt, hängt allerdings in erster Linie vom jeweiligen politischen Hegemonietypus und den Käfteverhältnissen ab.

3 Zur Charakteristik dieser Strategie vgl. G. Hautsch/K. Pickshaus/K. Priester, *Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. „Flexi-Konzept“ des Kapitals und Zukunft der Gewerkschaften*, Soziale Bewegungen H.16, Frankfurt/M. 1984, S. 9 ff.

Zweifellos zeigt ein Vergleich hochentwickelter kapitalistischer Länder ähnliche Symptome einer Defensive oder „Krise der Gewerkschaften“, die aus den generellen Umbruchs- und Krisenprozessen resultieren.⁴ Dazu zählen die Schrumpfung ihrer traditionellen Organisationsbasis, Mitgliederverluste (allerdings mit großen nationalen Unterschieden), die bescheideneren Resultate oder sogar Niederlagen im betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf und gewerkschaftspolitische Polarisierungen, die Auseinandersetzungen um Neuorientierungen und Anpassungen an die veränderten Bedingungen signalisieren. Einige Autoren prognostizieren hieraus — nicht zum ersten Mal in der Geschichte — einen strukturellen Niedergang oder das Ende der Gewerkschaftsbewegung überhaupt.⁵

Doch trotz ähnlicher struktureller Veränderungen wird die aktuelle und zukünftige Machtposition der Gewerkschaften national sehr unterschiedlich von den jeweils dominierenden klassenpolitischen Orientierungen der herrschenden Blocks gegenüber den Arbeiterbewegungen der einzelnen Länder beeinflusst. Dies wiederum hängt mit den verschiedenen „Machtblockkonstellationen“, den unterschiedlichen politischen Hegemonietypen, zusammen. Zwar hat sich in den meisten Ländern ein an Angebotspolitik und Monetarismus orientierter Austeritätspolitik in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgesetzt; dennoch variieren die klassenpolitischen Strategien gegenüber den Gewerkschaften von einer harten Konfrontationslinie à la *Thatcher* bis zu den widerspruchsvollen Versuchen der französischen sozialistischen Regierung, ähnliche wirtschaftspolitische Ziele bei Aufrechterhaltung des sozialen Konsenses zu realisieren. Im Vergleich mit Großbritannien und den USA blieb der konservative Kurs in der BRD eher gebremst, auch wenn 1984 im Arbeitszeitkonflikt auf eine scharfe Konfrontation zu den Gewerkschaften gesetzt wurde.⁶

Obwohl heute für die Wirksamkeit der „geistig-moralischen Wende“ deutliche Grenzen sichtbar werden, kann doch nicht übersehen werden, daß im Massenbewußtsein der Lohnabhängigen nach wie vor Tendenzen von Verunsicherung, existenziellen Ängsten und Desorientierungen wirken, wie sie durch jede gesellschaftliche Umbruchsituation hervorgerufen werden — zumal bei einer gleichzeitigen bedrohlichen Zuspitzung globaler Probleme (vor allem Bedrohung des Friedens). Solche Tendenzen sind natürlich auch eine

4 Vgl. IMSF-Autorenkollektiv, Soziale und innenpolitische Probleme Westeuropas, Referat auf der trilateralen Konferenz von IMSF, IPW, IMEMO „Westeuropa in der Wirtschaft und Politik des Imperialismus“ vom 10.–16. 6 1985 in Moskau, demnächst IMSF-Arbeitsmaterial 17. Vgl. ebenfalls J. C. Watkinson, Gewerkschaften in der Krise — Ein Blick über die Grenzen, in: IMSF (Hrsg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften. Eine Diskussion nach der ersten Etappe des 35-Stunden-Kampfes, Frankfurt/M. 1985, S. 75 ff.

5 So zum Beispiel R. Dahrendorf, Verhindern statt voranzutreiben, in: Die Zeit v. 18. 5. 1984. „Die Gewerkschaften sind zu Verteidigungsorganisationen absteigender sozialer Gruppen geworden... So kann man (mit gewissen Einschränkungen) sagen, die Zukunft ereignet sich an den Gewerkschaften vorbei.“

6 Vgl. zu den einzelnen Ländern IMSF-Autorenkollektiv, Soziale und innenpolitische Problem Westeuropas, a.a.O.,

Reaktion auf das Scheitern der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, auf die Nichtrealisierung ihrer Versprechungen.

Die konservative ideologische Offensive in den letzten Jahren reagierte auf diese Konstellation, indem sie sich als Kraft der Erneuerung und des Bruchs zur „Gegenwartsmisere“ zu präsentieren und zugleich das Feld der positiven Zukunftsvorstellungen von rechts zu besetzen versuchte. Kern solcher konservativer Konzepte ist die Vorstellung, durch eine forcierte Modernisierung unter privatmonopolistischer Dominanz den Übergang zur „Informationsgesellschaft“ zu beschleunigen, in der Zukunftsindustrien und Informationstechnologien bestimmend sind und zu deren Ordnungsprinzipien Dezentralisierung, Individualisierung und Flexibilisierung gehören sollen. Anknüpfend an gewachsene soziale Bedürfnisse nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung wird die Realisierung solcher Ziele auf dem Wege einer Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse versprochen, und das heißt im konservativen Konzept vor allem: Unterlaufen und Durchbrechen von „starrten“ kollektivvertraglichen Regelungen. Insofern zielen diese Konzepte auf den Lebensnerv der Gewerkschaften, nämlich auf die allgemeine Schutzwirkung tarifvertraglicher und gesetzlicher Festlegungen.

Die Auswirkungen der Umbruch- und Krisenprozesse haben die Gewerkschaften in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern in den letzten Jahren so beschäftigt, daß ihre politischen und organisatorischen Kapazitäten vollauf in Anspruch genommen waren. Wie *Frank Deppe* pointiert zusammenfaßt, stehen die Gewerkschaften derzeit nicht an der Spitze eines „zukunftsorientierten Blocks“, „der sich theoretisch und praktisch in die Auseinandersetzungen, in die Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen einschaltet“.⁷

Die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Diskussionen über die Zukunftsperspektiven ergibt sich — so *Deppe* — aus drei Gründen⁸: Erstens produziert die Krisen- und Umbruchsituation völlig neue Problemstellungen, zweitens muß der konservativen Zukunftskonzeption, die auf eine reaktionäre Massenmobilisierung setzt, begegnet werden, und drittens muß die Frage nach dem Zukunftsoptimismus aus der Perspektive der Arbeiterbewegung positiv beantwortet werden — im Sinne einer Verknüpfung der gegenwärtigen Verteidigungskämpfe mit einer mobilisierenden Perspektive. Zukunftshoffnungen und -erwartungen der Massen können zu Triebkräften der gesellschaftlichen Entwicklung werden.⁹ Deshalb stellt sich für die Marxisten in der Zukunftsdiskussion die Aufgabe — darauf wies *Heinz Jung* hin —, das „Neue im Denken und Fühlen der Menschen (zu) erkunden“, die „neue(n) Bedürfnisse und Themen aufzugreifen und diese zu einem theoretischen und politisch-ideologischen Gesamtkonzept zu vermitteln.“¹⁰

Die Bewegung für die 35-Stunden-Woche hatte eine breitere Thematisierung von gewerkschaftspolitischen Fragen gefördert, und zugleich hatte der

7 F. Deppe, Zukunftsfelder der Gewerkschaftspolitik, in: IMSF (Hrsg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften, a.a.O., S. 51.

8 Ebenda, S. 65/66.

9 Vgl. H. Jung, Utopie als Zukunftsdenken heute?, in: Marxistische Blätter 1/1985, S. 85 ff.

10 Ebenda, S. 85.

Arbeitskampf 1984 Probleme der zukünftigen Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften deutlicher gemacht. Bei einem beträchtlichen Teil der Mitglieder und Funktionäre ist die Einsicht gewachsen, daß der Weg aus der Defensive auch über die Entwicklung neuer Modelle und Inhalte gewerkschaftlicher Politik führen muß. Dies hat zu ersten Ansätzen einer Orientierungsdiskussion geführt, die z. T. vorerst nur „obere Funktionärsetagen“ erfaßt, zum Teil aber auch — etwa im Rahmen einer Diskussion um die geplante analytisch-programmatische Aussage der IG Metall „Projekt 2000“ zum Gewerkschaftstag 1986 — breitere Kreise der aktiven Mitglieder einbeziehen konnte.¹¹

Die Diskussionen berühren unter anderem zwei Komplexe: Erstens die Probleme der zukünftigen Handlungspotentiale, die sich durch die Konsequenzen aus dem Umbruch von Produktion und Sozialstruktur stellen und Fragen neuer Kampfformen und Modelle gewerkschaftlicher Arbeit einschließen. Zweitens das Problem der strategischen Reaktion der Gewerkschaften auf die sozialen Fraktionierungsprozesse innerhalb der lohnabhängig Beschäftigten, der Schwierigkeiten einer Vereinheitlichung und Entwicklung autonomer Gegenmacht.

2. Klassen- und Sozialstrukturveränderungen und neue Organisationsprobleme der Gewerkschaften

Sozialstrukturelle Umschichtungen vollziehen sich über lange Zeiträume. Ihre Brisanz für die Organisationsentwicklung und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften wird in zugespitzten Konflikt- und Kampfsituationen am deutlichsten: So erwiesen sich die hochorganisierten Kerngruppen der Industriearbeiterschaft im Arbeitskampf 1984 als stabile Träger der Streiks; im Unterschied zu einigen Arbeitskämpfen der 70er Jahre waren Angestellte hingegen nur in Ausnahmefällen einbezogen. Im Angestelltenmilieu fanden die Unternehmer die Hauptansatzpunkte für die Organisation von Streikbruch — in Zeitungsbetrieben unter Nutzung der neuen Techniken oft sehr wirkungsvoll.¹²

Für die Gewerkschaften aktualisierten diese Erfahrungen das Problem, welche neuen Sektoren der Lohnabhängigen und möglichen neuen Schlüsselgruppen im technologischen Prozeß gewonnen werden müssen, um hand-

11 Als Beispiele für diese Diskussion können die Artikel von E. Breit in „Gewerkschaftliche Monatshefte“ (GeMo) 1/1985, von D. Wunder, H. Rappe, K. v. Haaren und G. Döding in GeMo 2/1985 sowie der Beitrag von H. Janßen/K. Lang: Überwintern oder Überleben. Gewerkschaftspolitische Schlußfolgerungen aus dem Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung, in: E. Ferlemann u. a., Existenz sichern — Arbeit ändern — Leben gestalten, Hamburg 1985, S. 7 ff., das Referat von F. Steinkühler zum Thema „Arbeitsgesellschaft und Umbruch“, veröffentlicht unter dem Titel „Sägen die Gewerkschaften den Ast ab, auf dem sie sitzen?“ in: Frankfurter Rundschau v. 22./23. 2. 1985, und auch der Beitrag von L. Mahlein in diesem Band angeführt werden.

12 Vgl. G. Hautsch u. a., a.a.O.

lungs- und d. h. auch arbeitskampffähig zu bleiben. Damit ist auch die Frage aufgeworfen, mit welcher Dynamik sich die weiteren Umbrüche im Produktivkraftsystem und in der Klassenstruktur vollziehen werden und wie das soziale Profil der Arbeiterklasse an der Schwelle zum 21. Jahrhundert aussehen wird.¹³

2.1. Soziale Umschichtungen in der Arbeiterklasse

Mit Sicherheit kann man davon ausgehen, daß die Trag- und Reichweite sich schon vollziehender sozialstruktureller und volkswirtschaftlicher Umschichtungen in den nächsten 15 Jahren vollends sichtbar werden und sich die gewerkschaftlichen Organisations- und Handlungsbedingungen damit radikal verändern. Die wichtigsten Trends sollen kurz skizziert werden:

— Schon in den letzten eineinhalb Jahrzehnten zeichnete sich ab, daß Kernbereiche der gewerkschaftlich hoch organisierten und aktiven Arbeiterklasse schrumpften. Dies trifft insbesondere auf die Krisenbranchen der Stahlindustrie und der Werften zu. Auch wenn sich dort der Beschäftigungsrückgang in Zukunft nicht mehr so dramatisch fortsetzen wird, rückt schon jetzt eine mögliche neue Krisenbranche ins Blickfeld, die zu einem Schlüsselbereich der bundesdeutschen Wirtschaft und einer der kampfstärksten Bastionen der IG Metall geworden ist: die Automobilindustrie.¹⁴ In der Entwicklung dieses Industriezweiges werden sich in den nächsten Jahren sowohl die Bündelung von verkehrs-, energie- und umweltpolitischen Problemen als auch der starke Druck der Weltmarktkonkurrenz und der hierdurch beschleunigten technologischen Umstrukturierung niederschlagen, so daß ein massiver Arbeitsplatzabbau nicht ausgeschlossen werden kann.

— Ein immer größeres wirtschaftliches Gewicht — jedoch nicht in Hinsicht einer Beschäftigungsausdehnung — erhalten die „Zukunftsindustrien“ — so die Elektronik-, Luft- und Raumfahrtindustrie und auch die Chemieindustrie. Hier setzt sich ein neuer Belegschaftstypus mit relativ hohem Qualifikationsniveau durch, der sich u. a. in einem Überwiegen von Angestelltentätigkeiten mit hohem Anteil an wissenschaftlich-technischer Intelligenz ausdrückt.¹⁵ In der Regel ist in diesen Betrieben der gewerkschaftliche Organisationsgrad außerordentlich niedrig, oder es können sich auf der Grundlage einer relativ privilegierten Stellung dieser Gruppen korporativistische und sozialpartnerschaftliche Orientierungen halten. Dabei setzen sich diese volkswirtschaftlichen Umschichtungen über regionale Disproportionen durch: Während auf der einen Seite traditionelle Industriereviere (Ruhrgebiet, Saarland) von den

13 Hierzu im einzelnen der Beitrag von E. Dähne in diesem Band.

14 Vgl. D. Düe, Automobilindustrie, in: Umbruch im Produktionsbereich?, IMSF-Beitrag 7, Frankfurt/M. 1985, S. 171 ff.

15 Vgl. zum neuen Belegschaftstypus B. M. Semmler, Die Großbetriebe und ihre Belegschaften, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984, S. 154 ff. Vgl. zum Streikverhalten und gewerkschaftlichem Engagement als Fallanalyse K. Pickshaus, Honeywell Maintal — Streik in einem Rüstungsbetrieb mit neuem Belegschaftstypus, in: U. Achten u. a., Arbeitskampf um Arbeitszeit, Marburg 1985, S. 81 ff.

Krisenprozessen besonders hart betroffen sind, expandieren neue Zentren mit einer Mischung aus Spitzenindustrien und Dienstleistungssektoren (z. B. München).

— Schon in den 70er Jahren hat der Strukturwandel zu einem erheblichen Bedeutungsgewinn der privaten Dienstleistungen und vor allem des Staates geführt. Auf dieser Basis sind vor allem die Angestellten- und Beamtengruppen der Arbeiterklasse, die lohnabhängigen Mittelschichten und die Intelligenz stark angewachsen. Diese Umschichtungsprozesse werden sich fortsetzen, wenngleich auch hier der Krisen- und Rationalisierungsdruck wirkt und die Entwicklung der staatlichen Dienstleistungen, also vor allem der notwendige Ausbau der sozialpolitischen Apparate des Staates, davon abhängen wird, ob sich ein anderer Entwicklungstyp des SMK, also etwa ein etatistisch-reformistischer, durchsetzt. Im privaten Dienstleistungsbereich, zum Teil auch in Bereichen der Zukunftsindustrien, nehmen Klein- und Mittelbetriebe weiter zu, und zugleich wächst unter dem zunehmenden Druck der Massenarbeitslosigkeit der Bereich der „Schattenwirtschaft“, zu dem auch die alternativen Kleinbetriebe und Projekte gehören und in dem gewerkschaftliche Normen und Vertretungen bisher kaum Platz gefunden haben.

— Auch wenn die Produktivkraftentwicklung einen höheren Anteil qualifizierter Lohnarbeiter fordert und sich Tendenzen der „Professionalisierung der industriellen Arbeit“ und „Verankerung von Produktionsintelligenz“ abzeichnen¹⁶, so wird dies unter dem Diktat kapitalistischer Verwertungsinteressen immer nur für Teilbereiche gelten, und es werden sich gleichzeitig Tendenzen der Polarisierung und Segmentierung der Qualifikationsentwicklung, der Belegschaftsstrukturen (Stamm- und Randgruppen) und des Arbeitsmarktes verstärken. Die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals dient ja gerade dem Vortreiben und der Nutzung solcher Segmentierungen. Zugleich werden immer größere Teile der Arbeiterklasse einer Marginalisierung, ja sogar Pauperisierung unterworfen. Das Hauptproblem bleibt der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit. Lag der Arbeitslosensockel zu Beginn der letzten zyklischen Krise 1980 bis 1983 bei fast 900 000, so wird der Ausgangssockel bei dem zu erwartenden neuen Konjunkturreinbruch schon bei über 2 Millionen (registrierten) Arbeitslosen liegen. Zudem hat sich der Anteil der Dauerarbeitslosen (1 Jahr und mehr) auf fast 33 % erhöht (im Ruhrgebiet über 40 %). In dieser Entwicklung zeigen sich die zugespitzten Gefahren von Widersprüchen und Fraktionierungen innerhalb der Arbeiterklasse, die das gewerkschaftliche Gegenmachtpotential auch in den prosperierenden Bereichen ernsthaft gefährden.

— Die Umschichtungen innerhalb der Arbeiterklasse, die mit der Ausweitung der Lohnarbeit generell einhergingen, werden zu einer weiteren rapiden

16 So die These von H. Kern/M. Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung?*, München 1984. Vgl. hierzu kritisch A. Leisewitz, *Verengte Perspektive. Kritische Bemerkungen zur Kern/Schumann-Studie „Das Ende der Arbeitsteilung?“*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 8, Frankfurt/M. 1985, S. 300 ff.

17 Vgl. G. Bosch, *Arbeitsmarkt*, in: M. Kittner (Hrsg.), *Gewerkschaftsjahrbuch 1985*, Köln 1985, S. 281 ff.

Verschiebung der Proportionen Arbeiter/Angestellte unter allen Lohnabhängigen führen. In der Zunahme von Angestelltentätigkeiten widerspiegeln sich Umverteilungsprozesse aus dem Bereich der Produktion in die Bereiche der Leitung, Kontrolle, Verwaltung, der Zirkulation und Distribution sowie die zunehmenden Staatsaktivitäten für gesellschaftliche Reproduktion und Herrschaftssicherung. Verteilten sich 1971 noch die Lohnabhängigen auf fast 55 % Arbeiter, 36 % Angestellte und 9 % Beamte, so werden 1985/86 erstmals die Angestellten die größte Gruppe bilden und im Jahr 2000 möglicherweise über 53 % aller Lohnabhängigen ausmachen (gegenüber nur noch ca. 33 % Arbeitern und ca. 13 % Beamten).¹⁸ Angestellte und Beamte werden dann zwei Drittel aller Lohnabhängigen stellen; 1958 besaßen die Arbeiter noch einen Zweidrittelanteil an allen Lohnabhängigen.

Die Angestellten werden somit schon unter quantitativen Aspekten zum entscheidenden zukünftigen Rekrutierungsfeld der Gewerkschaften. Dabei ist dieses Feld in sich sehr heterogen. Schließt man die kleine bourgeoise Gruppe (Manager etc.) aus, so umfaßt es Arbeiterklassengruppen in der Industrie, dem Handel und privaten Dienstleistungen, dem Staatssektor usw. ebenso wie die Mittelschichtengruppen, darunter insbesondere die wissenschaftlich-technische Intelligenz. Von zentraler Bedeutung ist, daß nicht nur im Handel, sondern auch in vielen Büroberufen eine starke „Feminisierung“ sichtbar ist und heute schon 53 % der Angestellten Frauen sind. Der weitaus größte Teil der Angestellten, die zur Arbeiterklasse zählen, sind Frauen.

2.2. Die Zielgruppen der Angestellten

Die Gewinnung der Angestelltengruppen ist zu einem zentralen Thema gewerkschaftlicher Diskussion und damit auch politischer Kontroversen geworden, in denen über künftige Inhalte und den Charakter der Interessenvertretung mitentschieden wird. Zugespitzt formulierte *Siegfried Bleicher*, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB: „Die Organisationsreserve der Angestellten muß gehoben werden, wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung politisch überleben will. Das derzeitige Organisationsverhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten im DGB entspricht der Beschäftigungsstruktur des Jahres 1954.“¹⁹

Ein Rückblick auf die große Wachstumsphase der DGB-Gewerkschaften in den 70er Jahren und die Dynamik der einzelnen Sektoren zeigt, daß den größten Anteil an der Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder von 6,7 Millionen 1970 auf 7,7 Millionen 1983 zwei Gruppen stellen: die Angestellten und — sich damit überschneidend — die Frauen. Während die Zuwachsrate aller Mitglieder (der DGB-Gewerkschaften) in diesem Zeitraum 15 % betrug, belief sie sich bei den Angestellten auf 73 % und bei den Frauen auf 60 %. Die Angestellten erhöhten damit ihren Anteil an allen Mitgliedern von 15 % (1970) auf

¹⁸ Angaben berechnet nach Statistisches Jahrbuch 1984 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 98, und eigene Schätzungen.

¹⁹ Zit. n. Handelsblatt v. 3. 4. 1985.

22 % (1984), die Frauen von 15 % (1970) auf 22 % (1984). Dennoch kann dies keineswegs schon als großer Durchbruch gewertet werden. Die Organisationsquoten sind nach wie vor außerordentlich niedrig: Bei den Frauen betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad 1981 18 %, bei den Angestellten 1984 18 % (im Vergleich Arbeiter ca. 50 %, DGB generell 33 %).²⁰ Dabei liegt der Organisationsgrad der weiblichen Angestellten mit 13 % erheblich unter dem der Männer (23 % 1984). Noch niedriger ist der Organisationsgrad bei vielen Gruppen der lohnabhängigen Intelligenz: Generell kann er auf 15 % geschätzt werden, wobei Ingenieure mit 18 % nach oben und Ärzte mit 4–5 % nach unten abweichen (höher ist er bei den Beamtengruppen der Lehrer mit 28 % und den Journalisten mit über 30 % in der dju).²¹

Der in sich heterogene Sektor der Angestelltenberufe ist also gewerkschaftlich noch kaum durchdrungen. Der Organisationsgrad etwa der HBV innerhalb des privaten Dienstleistungsbereiches (fast 4 Millionen Beschäftigte) beträgt im Durchschnitt nach wie vor nicht mehr als 10 %. Generell sind über 7 Millionen Angestellte nicht organisiert; etwa 500 000 sind Mitglieder der DAG. Berücksichtigt werden muß allerdings auch, daß fast 5 Millionen Arbeiter unorganisiert sind.

Die Ausgangslage für eine Gewinnung dieser Organisationsreserven in den nächsten 10 bis 15 Jahren ist kompliziert. Die großen Steigerungsraten der 70er Jahre, insbesondere während der Reformphase 1969 bis 1974, sind abgeflacht. Die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften insgesamt ist seit 1982 rückläufig (1982–1984: Minus 297 000), die der Angestellten stagnierte erstmals 1984. Krisenprozesse und verstärkte Rationalisierung im Handel und insgesamt im Bürobereich wirken sich hier auch zunehmend aus.

Gerade solche Krisen- und Umbruchprozesse wurden aber in gewerkschaftlichen Prognosen zur Mitgliederentwicklung nicht berücksichtigt. Eine 1975 erarbeitete Vorausschau erwartete für das Jahr 1985 9 Millionen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften.²² Real waren es Ende 1984 7,66 Millionen. Grundlage dieser Fehleinschätzung war die Annahme, daß die „Aufschwungphase“ zu Beginn der 70er Jahre für die Gewerkschaften anhalten und neben stabilen Mitgliederzuwachsrate im produzierenden Gewerbe das überproportionale Wachstum im staatlichen und privaten Dienstleistungsbereich sich fortsetzen würde.

Zweifellos wäre es ebenso falsch, umstandslos die gegenwärtige Defensivsituation der Gewerkschaften in die Zukunft zu „verlängern“. Wie die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zeigt, gibt es neben kontinuierlichen Or-

20 Angaben berechnet nach den Statistiken in: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschafts-Jahrbuch 1985, a.a.O., und Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 7/1985, S. 16.

21 Vgl. hierzu das vom IMSF zusammengestellte statistische Material in „Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa. Materialien einer internationalen Konferenz des IMSF“, Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 16, Frankfurt/M. 1985, sowie K. Pickshaus, Gewerkschaftliche Organisation der Intelligenz, in: Nachrichten 4/1985, S. 24.

22 H. Lindner, Die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland bis 1985, Bonn-Bad Godesberg 1975, und ders., 1985: Neun Millionen DGB-Mitglieder, in: Gewerkschaftliche Praxis Nr. 6–7/1975, S. 145 ff.

ganisationstrends ebenfalls „große Wellen“. Die Einleitung einer solchen neuen Organisationswelle hängt in erster Linie von der hegemonialen Kapazität der Gewerkschaften ab, also von ihrer Fähigkeit, angesichts der Strukturveränderung in der Arbeiterklasse, der Veränderungen im Arbeitsprozeß und der neuen Segmentierungsformen nicht nur den Status quo zu verteidigen und sich auf eine korporativistische Interessenvertretung eingrenzen zu lassen, sondern die aktuellen Verteidigungskämpfe mit einer mobilisierungsfähigen Perspektive zu verbinden. Die Erarbeitung einer solchen Perspektive setzt die Beantwortung der Frage voraus, „welche alternativen Modelle des Wachstums, der Organisation der Arbeits- und Lebensverhältnisse, der sozialen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen“ die Gewerkschaften der konservativen Antwort auf die Umbruchsituation entgegensetzen.²³

In dem Maße, wie dies gelingt und die Gewerkschaften neue Ausstrahlungskraft als „Hoffnungsträger“ gewinnen können, wird nicht nur die Verankerung solcher gewerkschaftlichen Wertorientierungen wie Solidarität in den neuen Sektoren der Lohnabhängigen erleichtert, sondern es werden zugleich die Bedingungen für eine „demokratische Wende“ verbessert.

Die Intensivierung gewerkschaftlicher „Angestelltenarbeit“ — soweit man überhaupt diesen einheitlichen Begriff gebrauchen kann — wird von der starken Differenzierung dieser sozialstatistischen Gruppierung auszugehen haben, die durch sehr heterogene sozialökonomische Verhältnisse (hoher Staatsanteil, viele Kleinbetriebe bzw. kleine Arbeitseinheiten) geprägt wird. Deshalb ist eine klare Bestimmung der wichtigen Zielgruppen (Großbetriebe des Handels, Techniker und Ingenieure, EDV-Spezialisten usw.) für die gewerkschaftliche Arbeit wichtig. Zu ihnen gehören die geringer qualifizierten, in unteren Einkommensgruppen eingestuft und zumeist weiblichen Angestellten (60 %, das sind über 3 Millionen der weiblichen Angestellten, verdienen 1982 netto weniger als 1400 DM im Monat) ebenso wie die wachsende Zahl höher qualifizierter technischer Angestellter bis zu den lohnabhängigen Gruppen der Intelligenz. Die Zahl der Hoch- und Fachhochschulabsolventen ist von 1,4 Millionen 1970 auf ca. 2,4 Millionen 1984 sprunghaft gewachsen, wobei etwa 80% zu den Lohnabhängigen zu rechnen sind und rd. 50% im Staatssektor arbeiten. Schon aus dieser quantitativen Sicht, aber insbesondere aufgrund der wachsenden Bedeutung der Intelligenzgruppen für den Produktions- und Reproduktionsprozeß gewinnt ihre Organisierung erheblich an Gewicht.

Neben der Differenzierung nach einzelnen Zielgruppen ist für eine gewerkschaftliche Einflußnahme die Beachtung der Spezifika des sozialpsychologischen Profils und der Bewußtseinsstrukturen der Mehrzahl der Angestelltengruppen wichtig. Solche Unterschiede zur traditionellen Organisationsbasis der Arbeiter ergeben sich nicht nur aus der Tradition oder „Mentalitätsdispositionen“, sondern finden ihre Basis in den gegenüber dem Arbeiterbereich unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und drücken hiermit solche Faktoren aus wie die erst formelle Subsumtion weiter Angestelltenarbeitsbereiche unter

23 F. Deppe, *Ende oder Zukunft...*, a.a.O., S. 33.

das Kapital, die vielfältigen Verbindungen zu und Überschneidungen mit Angehörigen der Gegenklasse und der Mittelschichten in der Arbeit. Gegenüber einem antagonistisch und durch kollektive Solidarität geprägten Weltbild bei Arbeitern ist für Angestellte eine mehr individualistische, konkurrenzgeprägte und funktionalistische Sichtweise typisch.²⁴ Das formale Bildungsniveau ist generell höher, entwickelte soziale Bedürfnisse sind insbesondere bei den jüngeren Generationsgruppen ausgeprägt. Die Prägung durch die außerbetriebliche Sphäre ist intensiver, und das Verhältnis zur Gewerkschaft ist kaum emotional, sondern eher durch rationales Kalkül bestimmt. Bewegungen und Aktivitäten zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Reproduktionsbedürfnisse der letzten Jahre (Bürgerinitiativen z. B.) rekrutierten sich überdurchschnittlich stark aus den jüngeren Angestelltengruppen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten (vor allem aus dem Sozial- und Bildungsbereich). Auch wenn es sich bei den Aktiven in der Regel erst um Minderheiten im gesamten Angestelltenmilieu handelt, werden hier doch wichtige neue Zugänge auch für gewerkschaftliches Bewußtsein und Organisationsmöglichkeiten sichtbar.

Sollten dies charakteristische Trends für das Profil des "Arbeitnehmers des Jahres 2000" sein, so ergeben sich nach der Meinung *Franz Steinkühlers*, des zweiten Vorsitzenden der IG Metall, wichtige Schlußfolgerungen für die Gewerkschaftsarbeit: „Es wird schwieriger sein, diesen neuen Arbeitnehmertypus gewerkschaftlich zu organisieren. Sein politisches Verhalten orientiert sich weniger an traditionellen Bindungen, sondern mehr an intellektuellen Überzeugungsprozessen. ... Hier sind neue Formen der gewerkschaftlichen Ansprache notwendig. Diese Arbeitnehmer gewinnen wir hauptsächlich über den Kopf und über die alltägliche konkrete Erfahrung des Nutzens gewerkschaftlicher Arbeit.“²⁵

Es ist vorauszusehen, daß ein entscheidendes Feld, auf dem in den nächsten Jahren über die zukünftige politische Orientierung in den Gewerkschaften entschieden wird, die Auseinandersetzung über die Inhalte und Anlage der „Angestelltenarbeit“ sein wird. Die hierbei schon aufgebaute Scheinalternative, ob eine weitere gewerkschaftliche Rekrutierung sich an „progressiven Avantgardegruppen“ oder am demoskopischen Meinungsdurchschnitt von Angestellten zu orientieren habe, zielt allerdings unverhohlen auf ein Konzept der „Entideologisierung“ und „Entpolitisierung“ der Gewerkschaftsarbeit.²⁶

24 Vgl. H. Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt 1983, S. 88/89. Vgl. hierzu auch W. Kudera u. a., Blue collar — white collar: grey collar? Zum sozialen Habitus von Arbeitern und Angestellten in der Industrie, in: Soziale Welt, Heft 2/1983, S. 201 ff.

25 F. Steinkühler, „Sägen die Gewerkschaften den Ast ab . . .?“, a.a.O.

26 Vgl. hierzu die Auseinandersetzung um die „Marplan-Studie“, die von der HBV in Auftrag gegeben worden war und zu unterschiedlichen Interpretationen und politischen Bewertungen genutzt wurde. Vgl. zu den Ergebnissen der Studie G. Lemke, Angestellte erwarten sachliche Informationen durch die Gewerkschaft, in: Angestellten-Magazin 1-1985, S. 3 ff. Im Heft 8/1985 der WSI-Mitteilungen werden diese Probleme der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit eingehend diskutiert.

Da die Gewinnung von Mitgliedern in den neuen Sektoren noch kein alltäglicher Routinevorgang ist, verbindet sich dies für die Beteiligten mit einer intensiveren Aneignung gewerkschaftlicher Grundsätze und Wertorientierungen. Hieraus resultieren — wie die Entwicklung der HBV zeigt — häufig kritische Impulse zur Formulierung klassenorientierter Positionen und zur Aufnahme neuer sozialer Bedürfnisse in die Aktivitäten.²⁷

Für eine neue Organisationsoffensive ist nach *Lorenz Schwegler*, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der HBV, die konzentrierte Orientierung auf die „Inhaber betrieblicher Schlüsselfunktionen“ sowie die „betrieblichen Meinungsträger und Multiplikatoren“ unerlässlich.²⁸ Inhaltlich sind drei Gesichtspunkte zu beachten:

1. Insbesondere für qualifizierte Angestelltengruppen sind nicht punktuelle Einzelforderungen, sondern das Sichtbarmachen eines politischen Gesamtkonzeptes der Gewerkschaften Voraussetzung für die Mobilisierung. Die Erfahrungen der 35-Stunden-Bewegung belegen — so *Schwegler* —, daß isolierte, „ökonomistische“ Begründungen nicht ausreichen, sondern die Entwicklung der Forderung als „notwendiger Baustein eines insgesamt überzeugenden Konzeptes“ gegen die Wendepolitik erforderlich ist. Nur politische Gewerkschaften könnten die „betrieblichen Meinungsführer der Zukunft“ gewinnen.²⁹

2. Da bei Teilen der Angestellten eine relative Zufriedenheit mit Einkommens- und Arbeitszeitbedingungen vorherrscht, sind Fragen des Inhalts und der Bedingungen der eigenen Tätigkeit, also inhaltliche Ansprüche an die Arbeitsgestaltung sowie Befürchtungen der Einschränkung von Selbstbestimmungsmöglichkeiten durch technologische Kontrollsysteme wichtige Ansatzpunkte. Daneben sind die Interessen an Beratung und Rechtsschutz durch die Gewerkschaften eigenständige Motive für die Organisation. Bei zunehmender Arbeitslosigkeit, Leistungsdruck und Blockierung von Aufstiegschancen erhöht sich die Erwartung an die gewerkschaftliche Schutzfunktion.

3. Angesichts der Durchdringung des gesamten Sektors von Angestelltentätigkeiten mit den neuen Informationstechnologien gewinnt die gewerkschaftliche Reaktion hierauf Schlüsselcharakter. Über die Abwehr einzelner negativer Folgen hinaus wird die Entwicklung von Alternativen, etwa von Konzeptionen neuer Gestaltungsforderungen zur Arbeitsorganisation und Software-Gestaltung, ein wichtiger Schritt zur Gewinnung der hier tätigen Angestellten. Hier konkretisiert sich das zunehmende Bedürfnis nach Alternativ- und Zukunftsentwürfen, die der kapitalistisch-profitorientierten Logik eine reale Handlungsmöglichkeit der Beschäftigten entgegensetzen.³⁰

27 Vgl. H. Leitschuh/R. Stosch, Neue Formen betrieblicher Bewegungen im HBV-Bereich in den achtziger Jahren, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984, S. 73 ff.

28 L. Schwegler, Die Gewerkschaften müssen ihre politischen Grundpositionen wirksamer umsetzen, in: Die Mitbestimmung 10-11/1984, S. 428 ff.

29 Ebenda, S. 428.

30 Vgl. hierzu I. Kaufmann, Alternative Konzepte zur Gestaltung der Arbeit, in: IMSF (Hrsg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften, a.a.O., S. 209 ff.

Gerade an der letzten Frage wird deutlich, daß für die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit die Mobilisierung des fachspezifischen Wissens, des Sachverstandes derjenigen, die wie die Techniker, Ingenieure, Beschäftigten in den EDV-Abteilungen an den „Systementwicklungen“ beteiligt sind, zu einer zentralen Aufgabe wird. Dabei müssen die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen in der Weise verändert werden, daß für diese beruflich-fachspezifischen sowie konzeptionellen Aktivitäten eigene Spielräume und Initiativmöglichkeiten — etwa in Technologie-Arbeitskreisen, Ingenieurarbeitskreisen, gewerkschaftlichen Konversionsgruppen etc. — entstehen und zugleich vermieden wird, daß ein neues überzogenes Fachgruppenprinzip zu Partikularismus und Entsolidarisierung zwischen den einzelnen Mitgliedergruppen führt.³¹ Die lange Entwicklungsgeschichte der Mediengewerkschaft demonstriert, mit welchen Schwierigkeiten ein solches Zusammenwirken von Arbeiterklassegruppen und Gruppen der Mittelschichten und Intelligenz (Redakteure, Journalisten, Schriftsteller usw.) konfrontiert ist. Sie belegt andererseits auch die Überfälligkeit organisationspolitischer Reaktionen der Gewerkschaften auf die vom Kapital gesetzten neuen Handlungsbedingungen.

Jede Diskussion über die Zukunft gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Organisationspolitik wäre verfehlt, die nicht die Realität der zunehmenden „Feminisierung der Lohnarbeit“ ernst nähme.³² Auch in der Krise ist die Frauenerwerbsquote stabil geblieben (1983: 38,9 %). Sie liegt besonders hoch in den modernen Zentren mit großem Gewicht des tertiären Sektors. Zwei Drittel aller Frauen arbeiten im Handels- und Dienstleistungsbereich. Die Mehrheit der weiblichen Erwerbstätigen sind inzwischen Angestellte (1970: 35,2%, 1981: 52,7%). Allerdings existieren hier Segmentierungslinien, die die traditionell verfestigte geschlechtsspezifische Benachteiligung ausdrücken. 70% der weiblichen Angestellten sind in an- und ungelerten Beschäftigungen tätig, und über 30% aller erwerbstätigen Frauen haben eine Teilzeitarbeit, die auf den Handels- und Dienstleistungssektor konzentriert ist (über 80%). Da offensichtlich auch durch die versuchte Aufwertung konservativer Frauenleitbilder die Anspruchshaltung der Frauen auf Erwerbstätigkeit nicht gebrochen werden kann, zielen die Konzepte des Kapitals in erster Linie auf die Flexibilisierung der Frauenarbeitsplätze, d.h. vor allem auf die Ausweitung nicht und unzureichend abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse.

Es liegt auf der Hand, daß hiermit nicht nur ein Kreis spezifischer Probleme der Frauen- und Angestelltenarbeit, sondern eine Kardinalfrage zukünftiger autonomer und einheitlicher Handlungsfähigkeit der gesamten Gewerkschaftsbewegung angesprochen wird. Die Abwehr einer weiteren Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse (insbesondere der Heimarbeit), die Durchsetzung besserer kollektiver Schutznormen sowie der Kampf gegen se-

31 Zu solchen Gefahren am Beispiel der sich herausbildenden IG Medien vgl. M. Balder auf dem a.o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier Juni 1985, in: Nachrichten 7/1985, S. 15.

32 Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF (Hrsg.), Emanzipation in der Krise? Materialien zur Lebenslage der Frauen, Informationsbericht des IMSF Nr. 43, Frankfurt/M. 1985, S. 38 ff.

xistische Diskriminierungsformen werden zu vordringlichen Aufgaben der Gewerkschaften. Der Anspruch der Frauen auf gesellschaftliche Gleichstellung wird sich darüber hinaus in zunehmendem Maße in Forderungen nach bewußter und gezielter Bevorzugung von Frauen beim Zugang zum Erwerbssystem ausdrücken, d. h., es geht nicht nur um positive Frauenförderungsmaßnahmen, sondern um Forderungen nach einer Quotierung von qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.³³ Dies wird zweifellos auch Folgen für das bislang patriarchalisch strukturierte „Innenleben“ der Gewerkschaften selbst besitzen müssen.

Es wurde schon auf die großen Mitgliederzuwachsrate der vergangenen 15 Jahre und zugleich auf die immensen unerschlossenen Reserven hingewiesen; das deutet die Chancen und Dimensionen zukünftiger gewerkschaftlicher Frauenarbeit an. Die gewerkschaftliche Frauenbewegung hat zudem eine initiierende Rolle bei der Thematisierung neuer sozialer Bedürfnisse, der Vermittlungsforderungen von Produktions- und Reproduktionssphäre und der persönlichkeitsverändernden Dimension im kollektiven Handeln von Frauen eingenommen. Zu den stabilsten klassenorientierten Bereichen der Gewerkschaftsbewegung gehörig, kann sie als eine der wichtigsten „Produktivkräfte“ bei der „Bearbeitung“ der Zukunftsprobleme agieren und damit gleichzeitig verändernd auf die Gewerkschaften selbst wirken.

2.3. Neue Anforderungen an die Gewerkschaftspolitik

Für eine gewerkschaftliche Klassenpolitik in einer Krisen- und Umbruchperiode besteht nicht nur die Aufgabe, neue Sektoren der Lohnabhängigen und zukünftige qualifizierte Schlüsselgruppen des Reproduktionsprozesses zu gewinnen und hierbei den differenzierten Interessen und Bedürfnislagen Rechnung zu tragen, sondern sie hat zugleich den Anspruch auf Vereinheitlichung der von den Krisen- und Umwälzungsprozessen in unterschiedlicher Intensität betroffenen Gruppen der gesamten Arbeiterklasse zu realisieren.

Wie *Hans Janßen* und *Klaus Lang* (IG Metall-Vorstand) analysierten, sind derzeit zwei Reaktionstypen zu beobachten:³⁴ Ein korporativistischer Politiktypus konzentriert die gewerkschaftliche Interessenvertretung angesichts der verstärkten Segmentierung zwischen „Rationalisierungsgewinnern“ (Wachstums- und Zukunftsindustrien, Stammebelegschaften), „Rationalisierungsduldern“, „Rationalisierungsverlierern“ (Krisenbranchen) und „Marginalisierten“ auf die qualifizierten „Facharbeiter neuen Typus“ und ist, um das „Überwintern“ der eigenen Organisation zu sichern, zu sozialpartnerschaftlichen Arrangements mit Kapital und konservativem Block bereit. Dem gegenüber steht das Konzept „eines ‚Überlebens‘ von Gewerkschaften als solidarische Interessenvertretung aller Arbeitnehmer, die mit dem Anspruch auf Gestaltung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen für die (noch) arbeitenden

33 Zur Begründung der Quotierungsforderung vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '85, Bremen 1985, S. 187 ff.

34 H. Janßen/K. Lang, Überwintern oder Überleben, a.a.O., S. 33 ff.

Menschen einen allgemeinpolitischen Gestaltungsanspruch für eine Politik gesellschaftlicher Strukturreformen und zur Verwirklichung demokratisch-emanzipatorischer Ziele verbinden“.³⁵ Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung war und bleibt ein zentrales Element einer solchen „offenen Mobilisierungspolitik, die die einheitlichen Interessen“ der Arbeiterklasse zur Grundlage und zum Ziel hat.³⁶

Die Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitflexibilisierungsmodelle der Unternehmer, die an den Entwicklungsstand der neuen Technologien anknüpfen und insofern ein „Dauerbrenner“ bleiben werden, haben die Frage Vereinheitlichung und Differenzierung für die Gewerkschaften in prekärer Weise aufgeworfen: Ziel dieser Modelle ist es auch hier, kollektive Normen und Regelungen der Arbeitszeit zu durchlöchern und bei einer Differenzierung von Zeitregelungen an die auf mehr „Zeitsouveränität“ gerichteten Bedürfnisse der Beschäftigten anzuknüpfen. Der weiterhin favorisierte Ausbau von Teilzeitarbeit zeigt, daß hiervon in besonderer Weise die Frauen betroffen sind. Auch wenn die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung — so bei der 35-Stunden-Woche — das Bedürfnis nach mehr „Zeitsouveränität“ aufnimmt und die Abwehr der unternehmerischen Flexibilisierungsziele eine unerläßliche Aufgabe bleiben wird, werden die Gewerkschaften ein offensives Konzept entwickeln müssen, „wenn sie nicht zusehen wollen, wie die Popularität individualistischer Scheinlösungskonzepte“ auch unter den Lohnabhängigen ansteigt.³⁷ Eine solche offensive Position der Gewerkschaften wird von dem grundlegenden Prinzip ausgehen müssen, daß nicht wie bei der Flexibilisierungsstrategie des Kapitals der Arbeits- und Lebensrhythmus der Menschen unter die „betrieblichen Belange“ untergeordnet wird, sondern die betrieblichen Arbeitszeitsysteme an die differenzierten menschlichen Bedürfnisse anzupassen sind. Das heißt im einzelnen: „Primär kollektive Arbeitszeitverkürzung und in zweiter Linie weitergehende, gruppenspezifische Arbeitszeitverkürzung und Strukturierung der betrieblichen Arbeitszeiten nach qualitativen Kriterien der Belastung innerhalb und außerhalb der Betriebe und der Bedürfnisse und der Interessen.“³⁸ Generell würde dies nicht die Aufhebung, sondern eine Erweiterung kollektiver Normen und Regeln bedeuten.

Auf allen zukünftigen Konfliktfeldern — der Arbeitszeitgestaltung, der Technologieentwicklung, der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen — wird ein konzeptioneller Vorlauf der Gewerkschaften zu einer wichtigen Voraussetzung, um der politisch-ideologischen „Besetzung“ dieser Felder durch unternehmerische und konservative Modelle zu begegnen und um

35 Ebenda, S. 36.

36 Ebenda.

37 I. Kurz-Scherf, Arbeitszeitflexibilisierung und gewerkschaftlicher Regelungsbedarf, in: WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 1, Arbeitszeitverkürzung, Düsseldorf 1983, S. 135 ff., hier: S. 138.

38 Dies., Tarifpolitik und Arbeitskämpfe, in: M. Kittner (Hrsg.), a.a.O., S. 91. I. Kurz-Scherf entwickelt hierzu konkrete Forderungen wie freie Handhabung von Lage und Dauer der Arbeitszeit, Möglichkeit zur Teilzeitarbeit auf dem angestammten Arbeitsplatz mit Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit, niedrigere Arbeitszeiten bei besonderen Arbeitsbelastungen usw. Ausführlich hierzu dies. in: WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 1.

gleichzeitig eine mobilisierende Perspektive der humanen Gestaltung von Arbeit und Technik voranzutreiben.

Um in der Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Zukunft der BRD die „politische Ökonomie der Arbeiterklasse“ mit ihren Ansprüchen der sozialen Kontrolle der Produktion und der bewußten Regulierung gesellschaftlicher Prozesse anzumelden und durchzusetzen, ist ihre Konkretisierung in programmatischen Alternativen und Zukunftskonzeptionen erforderlich. Auf vielen wichtigen Gebieten wie der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Technologieentwicklung, alternativer Eigentumsformen (Vergesellschaftung) sind solche Alternativen im Zusammenwirken von betrieblich-gewerkschaftlichen Diskussionsprozessen und der Nutzung von wissenschaftlicher Fachkompetenz erarbeitet worden. Da die allgemeine Tendenz der Verwissenschaftlichung der Politik anhalten wird, steht für die Gewerkschaften die Aufgabe, neben der Ausschöpfung der spezifischen Qualifikation der Lohnabhängigen wissenschaftliches Expertenwissen und Beratungspotential auch aus anderen sozialen und politischen Bewegungen zu gewinnen und zu nutzen. Wenn die Gewerkschaften zu einer hegemonialen Kraft werden wollen, ist ein auf diese Weise organisierter konzeptioneller Vorlauf wichtig. Eine Schlüsselfrage wird dabei die Einflußnahme bzw. Gewinnung von wichtigen Gruppen der Intelligenz, die für die Ausübung gesellschaftlicher Hegemonie eine zentrale Rolle spielt.

Der zunehmende Bedarf an spezialisierter, professionalisierter Sachkompetenz zeigt sich auf zentraler Ebene und kommt dort in der Ausweitung der Stabsabteilungen der Gewerkschaftsvorstände zum Ausdruck; er wird vor allem auch auf den unteren Organisationsebenen — am Ort und im Betrieb — sichtbar. Wollen die Gewerkschaften den hier ständig zunehmenden Anforderungen aus der Veränderung der Arbeit, der Technikentwicklung usw. gerecht werden, wird dies Konsequenzen für die Qualifizierung und Rekrutierung der Funktionäre haben müssen. Dabei müssen sich in der Rekrutierung der Gewerkschaftsfunktionäre auch die sozialstrukturellen Umschichtungen und Umbrüche in der Lebensweise niederschlagen. So sind z. B. heute noch weniger als 10 % der hauptamtlichen Funktionäre Frauen.³⁹ „Wenn die für die künftige Mitgliederentwicklung wichtigen Potentiale unter den Angestellten, den Frauen und den höher qualifizierten Arbeitergruppen wirkungsvoll angesprochen werden sollen, müssen dafür auch entsprechend qualifizierte personelle Kapazitäten unter den Gewerkschaftsfunktionären herangezogen werden. Sie müssen hinsichtlich ihrer Qualifikation, ihrer Interessen und Lebensweise in der Lage sein, die Bedürfnisse und Ansprüche dieser Gruppen an gewerkschaftliche Arbeit und Interessenvertretung formulieren und umsetzen zu können.“⁴⁰ Eine solche Profilveränderung in Richtung auf einen neuen Funktionärstypus wird heute schon in Ansätzen beim Generationswechsel auch in den obersten Führungsgremien der Gewerkschaften sichtbar.

39 Vgl. C. Pinl, *Das Arbeitnehmerpatriarchat*, Köln 1977.

40 W. Roßmann, *Produktion, Klassenstruktur und Lebensweise im Umbruch — Zu einigen Aspekten gewerkschaftlicher Gegenmacht und Handlungsfähigkeit*, in: IMSF (Hrsg.), *Zur Zukunft der Gewerkschaften*, a.a.O., S. 176.

3. Betrieb oder Reproduktionsbereich als Basis gewerkschaftlicher Arbeit?

3.1. Verliert der Betrieb an Bedeutung?

In der sozialwissenschaftlichen und politischen Diskussion haben Thesen an Gewicht gewonnen, die für die Zukunft von einem zunehmenden Bedeutungsverlust der Arbeits- und Betriebsphäre ausgehen. *Heinze* u. a. meinen, daß „die Lohnarbeit nicht länger der selbstverständliche Knotenpunkt ist, aus dem die subjektiven Lebensperspektiven der eigentumslosen Teile der Bevölkerung hervorgehen“.⁴¹ Und *André Gorz* kann in dieser Sphäre, die er als ständig kleiner werdenden formellen Sektor fremdbestimmter Arbeit definiert, kein sinnvolles Betätigungsfeld für den Kampf um individuelle und soziale Emanzipation mehr sehen.⁴²

Nun reflektieren die Thesen vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ insofern Momente der Realität, als die Arbeitsverhältnisse und die Beziehungen zur Arbeit tatsächlich einem Wandel unterliegen. Kern dieser Veränderungen ist die Freisetzung von Arbeitskraft, die verschiedene Formen von der Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit bis hin zur Massenarbeitslosigkeit annimmt.

Dennoch bleibt für die Masse der abhängig Erwerbstätigen die Lohnarbeit die Voraussetzung ihrer Lebensgestaltung, und die Perspektive der Arbeiterbewegung zielt auf eine Veränderung der Bedingungen, des Charakters und der Inhalte der Arbeit. Der Betrieb bleibt insofern der zentrale Bezugspunkt gewerkschaftlicher Tätigkeit, auch wenn Annahmen einer permanenten Vergrößerung des großbetrieblichen Sektors offensichtlich falsch sind.

Allerdings haben sich die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse und damit auch die Handlungsbedingungen für die Gewerkschaften dadurch verändert, daß die Prägung des Betriebes abgenommen und der Einfluß der außerbetrieblichen Sozialisations- und Reproduktionsinstanzen zugenommen haben. Hierzu zählen Faktoren wie die Verlängerung der Ausbildungsphasen, die Ausdehnung der Freizeitphäre, der enorme Einfluß der Massenmedien usw. Auch der sozialräumliche Klassenzusammenhang hat an Dichte und verpflichtender Kraft verloren, das traditionelle geschlossene „proletarische Milieu“ ist zur Ausnahme geworden, und neue Orte von Öffentlichkeit und oppositionellen Kristallisationskernen (Bürgerinitiativen, kulturelle Zentren usw.) gewinnen an Gewicht.⁴³

Seit den 70er Jahren ist eine starke Politisierung des Reproduktionsbereiches zu vermerken, die die gesellschaftlichen Aktivitäten von Teilen der Lohnabhängigen — besonders stark die jüngeren Angestelltengruppen sowie die Intelligenz — und auch die Gewerkschaften beeinflusste. Die Qualität der Bil-

41 R. G. Heinze u. a., Interessendifferenzierung und Einheitsgewerkschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1981, S. 342.

42 André Gorz, *Wege ins Paradies*, (West-)Berlin 1983.

43 Vgl. hierzu K. Maase, Betriebe ohne Hinterland? Zu einigen Bedingungen der Klassenbildung im Reproduktionsbereich, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, a.a.O. S. 356 ff.

dung und Ausbildung, der Gesundheits- und Altersversorgung, des Wohnsystems, der Umwelt sowie Probleme der kulturellen Freizeitgestaltung zwischen Kommerzialisierung und Selbstaktivität wurden zur Triebkraft politischer Konflikte und Bewegungen. Gerade im Reproduktionsbereich bildeten sich die Durchbruchstellen der neuen sozialen Bewegungen, und sie strahlten von dort in die Arbeiterbewegung hinein. Die Gewerkschaften reagierten auf die neuen Probleme in erster Linie durch eine Erweiterung und Qualifizierung ihrer programmatischen Aussagen zur gesellschaftlichen Reproduktionssicherung, ohne schon über eine korporatistische Einflußnahme auf die staatlichen Instanzen hinaus eigenständige politische Bewegungen zu initiieren. Die Mobilisierung gegen den staatlichen Sozialabbau im Herbst 1982 und dann erneut 1985, aber auch die Aktionen und symbolischen Proteststreiks gegen die Raketenstationierung 1983 signalisierten insofern wichtige neue Ansätze gewerkschaftlichen Politikverständnisses.

Wie *Siegfried Bleicher* (DGB) ausführt, haben diese strukturellen und politischen Veränderungen für die Zukunft die Frage aufgeworfen, „inwieweit es den Gewerkschaften gelingt, die Arbeitnehmer umfassender, d. h. auch außerhalb der Arbeitswelt wieder stärker zu repräsentieren“.⁴⁴

3.2. Neue Organisationsformen im Reproduktionsbereich und die Erneuerung gewerkschaftlicher Betriebspolitik

Oskar Negt hat die These vertreten, daß die Gewerkschaften neben dem Betrieb Stadtteil und Wohngebiet als zweites Organisationszentrum entwickeln müßten, um gewerkschaftliche Politik „auf jene Krisenzusammenhänge zu erweitern, die immer stärker und massenhafter die Erfahrungen der Menschen bestimmen“.⁴⁵ Auch *Helmut Schauer* (Mitarbeiter beim Vorstand der IGM), der diesen Gedanken aufgreift, plädiert für ein Überdenken der alleinigen Betriebsorganisation und verweist auf noch bestehende gewerkschaftliche Stadtteilgruppen der IG Metall im Ruhrgebiet.⁴⁶ *Wolfgang Lechner* (WSI) sieht in der in Italien praktizierten Einrichtung von „gewerkschaftlichen Zonen- und Quartiersräten“ Chancen, um „Beziehungen zwischen formellem und informellem Sektor sowie des Konsums“ zu entwickeln.⁴⁷ Vorsichtiger schlägt *Siegfried Bleicher* vor, „organisatorische Interessenvertretungsformen der Arbeitnehmer aufzubauen, die einen stärkeren Bezug auch zur Wohn- und Lebenssituation der Arbeitnehmer und auf die nicht mehr aktive Arbeit im Alter, auf die noch nicht aktive Arbeit vor dem Eintritt in das Arbeitsleben und auf die aus dem Beschäftigungssystem ausgeschlossenen Arbeitslosen herstellt“.⁴⁸

44 S. Bleicher, *Krise und Krisenbewältigung*, in: ders. (Hrsg.), *Ausstieg? Gewerkschaftliche Reformpolitik in der Industriegesellschaft*, Hamburg 1985, S. 159.

45 O. Negt, *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit*, Frankfurt/New York 1984, S. 161/162.

46 H. Schauer, *Gewerkschaftspolitik und Beteiligung*, in: W. Fricke u. a., *Beteiligung als Element gewerkschaftlicher Arbeitspolitik*, Bonn 1984, S. 236 ff.

47 W. Lechner, *Überleben in einer veränderten Welt. Ein Konzept für die zukünftige Arbeit der Gewerkschaften*, in: *Die Zeit* Nr. 18, 26. 4. 1985.

48 S. Bleicher, *Krise und ...*, a.a.O., S. 159.

In der Realität lassen sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre Ansätze für eine solche Erweiterung außerbetrieblicher Organisationsformen finden. In den Klassenbewegungen selbst wird der lokale und regionale Raum zum Aktionsfeld: in Gestalt der Solidaritätskomitees gegen betriebliche Arbeitsplatzvernichtung, in den Aktivitäten regionaler und lokaler Gewerkschaftsgremien (DGB-Ortskartelle) zur Einflußnahme auf kommunal- und regionalpolitische Instanzen⁴⁹, in den Stadtteilinitiativen bei der Bewegung um die 35-Stunden-Woche, die oftmals Aktivisten von unterschiedlichen, nicht unmittelbar einbezogenen Gewerkschaften zusammenfaßten usw. Zugleich ist die lokale gewerkschaftliche Ebene auch der Raum, in dem sich Kulturinitiativen (Chöre etc.), Seniorenarbeitskreise für ältere Mitglieder, Technologie- und Umweltgruppen, Internationalismusgruppen (z. B. Solidarität mit Nicaragua, britische Bergarbeiter usw.), Friedensinitiativen, Arbeitskreise gegen Berufsverbote und Arbeitsloseninitiativen ansiedeln. Die Arbeitsweise dieser gewerkschaftlichen Initiativen ist zumeist offen und erlaubt Kontakte und Kooperation mit anderen, nicht gewerkschaftlichen Bewegungen (etwa Selbsthilfegruppen). Im Ausbau solcher Formen können große Chancen für die Aktivierung und Politisierung von Mitgliedergruppen liegen, insbesondere aus den neuen Sektoren der Arbeiterklasse. Die Wechselbeziehungen zwischen Betrieb und außerbetrieblichem Lebensmilieu werden weiterhin noch intensiver werden und können sich hier praktisch konkretisieren.

Grundlage des Konzeptes, den Arbeitskampf 1984 um Arbeitszeitverkürzung als eine „soziale Bewegung“ zu entwickeln, war die Überlegung, diese lokalen Sektoren zu mobilisieren und hiermit ein Zusammengehen mit den außerparlamentarischen Massenbewegungen zu befördern.⁵⁰ Allerdings zeigten die Erfahrungen dieses Kampfes und seine Grenzen, daß die Kraft für eine solche Bewegung sich in erster Linie aus den Betrieben entfalten muß, um größere Ausstrahlungskraft zu gewinnen und eine gesellschaftspolitische Dynamik einzuleiten.

Eine „Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften“ (*Negt*) kann nicht einfach eine Ergänzung des betrieblichen Kampfes durch Aktivitäten im Reproduktionsbereich darstellen. Erstens stößt eine beliebige Erweiterung der gewerkschaftlichen Handlungsfelder auf Grenzen und kann sich als syndikalistische Überforderung erweisen. Auch in Zukunft werden die Gewerkschaften auf die Kooperation mit Bündnispartnern, mit Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen, angewiesen sein, wenn sie eine aktionsbezogene Politik im Reproduktionssektor betreiben wollen. Zweitens wird es vor allem um eine „Politisierung der Arbeit“, der Betriebssphäre gehen. Die Verschränkung der Sphären, wie dies in Ansätzen in der Bewegung um die 35-Stunden-Forderung mit ihrer beschäftigungs-, humanisierungs- sowie freizeit- und kulturpolitischen Dimension schon erkennbar war, kann einen neuen Typ der

49 Vgl. hierzu G. Lobodda, Das Recht auf Arbeit verwirklichen, in: ebenda, S. 90 ff.

50 Hierzu ausführlicher K. Pickshaus, Arbeitskampf als soziale Bewegung — politische Aspekte einer Streikstrategie, in: F. Deppe u. a., Streik — Widerstand gegen Kapital und Kabinett, Frankfurt/M. 1985.

Gewerkschaftspolitik konstituieren.⁵¹ Also nicht beliebige „Felderweiterung“, sondern vor allem „Hereinnahme von weitergehenden gesellschaftlichen Aspekten in die traditionellen gewerkschaftlichen Politikfelder“ wird die Perspektive sein.⁵²

Eine solche Tendenz war in den Kämpfen und der Gewerkschaftspolitik seit den 70er Jahren in dem Maße sichtbar, wie neue soziale und politische Bedürfnisse aufgenommen und artikuliert worden waren. Neben der Lohnpolitik traten immer stärker Probleme der „qualitativen Tarifpolitik“ (Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Abgruppierungs- und Rationalisierungsschutz, Arbeitszeitverkürzung etc.) und gesellschaftspolitische Reformforderungen in den Vordergrund. Indem die Arbeitsbedingungen und das Recht auf Arbeit ebenso wie die Qualität der Lebensbedingungen thematisiert wurden, verschränkten sich Interessen, die sowohl auf den Betrieb wie auch auf die gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnisse und gesellschaftliche Reproduktionssicherung bezogen sind.⁵³

In der Perspektive wird der Durchsetzung neuer Ansprüche an die Arbeit und der Erweiterung der politischen Kultur im Betrieb (Entfaltung von Aktivität und Selbstbewußtsein, neue Kommunikationsspielräume und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten) ein noch größerer Stellenwert zukommen. Dies bezieht die Kampfebene Betrieb und Tarifpolitik wie die politisch-gesetzliche Ebene ein. Neben den Konflikten um Einkommen und Arbeitszeit rücken Auseinandersetzungen um Struktur und Inhalt zukünftiger Arbeit in den Vordergrund, die sich an den technologischen Umwälzungen, dem Erhalt und Zuschnitt der Arbeitsplätze und der abgeforderten Qualifikationen entzünden. Die neuen Technologien ermöglichen heute eine größere Variationsbreite ihrer konkreten Gestaltung und erweitern damit Eingriffsmöglichkeiten auch für die Beschäftigten. Die IG Metall reagierte auf diesen Problemdruck mit ihrem Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ (1985) und tarifpolitischen Konzeptionen zur Kontrolle der Leistungs- und Arbeitsbedingungen.⁵⁴ Betriebliche Arbeitskreise für alternative Produktion zeigen, daß auch aus ökologischen oder friedenspolitischen Motivationen die gesellschaftlichen Gebrauchswertaspekte hinterfragt werden. Gegen die Versuche, mit Hilfe von „Qualitätszirkeln“ und neuen Sozialtechnologien Motivationen und Qualifikationspotentiale der Lohnabhängigen an die Logik kapitalistischer Verwertung zu binden und damit eine „Japanisierung“ betrieblicher Arbeitsbeziehungen zu fördern, werden die Gewerkschaften auf eine Auswei-

51 Vgl. K. Pickshaus, Weiterwirkende politische Aspekte des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, in: L. Mahlein u. a. (Hrsg.), Tarifpolitik unter Krisenbedingungen, Frankfurt/M. 1984, S. 184 ff.

52 E. Hildebrandt, Unsere Produkte fallen uns auf den Kopf. Die Gewerkschaften vor der ökologischen Herausforderung, in: ders. u. a. (Hrsg.), Arbeit zwischen Gift und Grün, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985, (West-)Berlin 1985, S. 57.

53 Vgl. hierzu grundlegend W. Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982, S. 42 ff.

54 Vgl. hierzu W. Riester, Aktuelle und langfristige Aufgaben in der Tarifpolitik, in: L. Mahlein u. a. (Hrsg.), Tarifpolitik..., a.a.O., S. 51 ff.

tung von Kontrollrechten und Gegenmachtpositionen setzen müssen. Eine Antwort auf die zunehmenden gewerkschaftlichen Kommunikations- und Organisationsschwierigkeiten im Betrieb können Forderungen nach entintensivierenden Maßnahmen im Arbeitsprozeß (Pausen etc.) darstellen, die zugleich Chancen für die Wahrnehmung betrieblicher und gewerkschaftlicher Rechte vergrößern.

Als Schlüsselfrage für eine solche Perspektive stellt sich die Neubelebung gewerkschaftlicher Betriebspolitik dar, insbesondere, um den durch die Tarifabschlüsse zur Arbeitszeit von 1984 noch vergrößerten Gefahren einer „Verbetriebsratung“ und eines „Betriebssyndikalismus“ zu entgehen. Dies wird in erster Linie über den Ausbau und die Stärkung der klassischen gewerkschaftlichen Organe im Betrieb, den Vertrauenskörper bzw. die Betriebsgruppen, erfolgen müssen. Dabei wird ein Schwerpunkt notwendigerweise in der Neuverankerung in den „Zukunftsindustrien“ und neuen Sektoren der Lohnabhängigen liegen. Die Qualifizierung der betrieblichen Ebene als des „originären Handlungsfeldes“ hat Auswirkungen für die gesellschaftliche Gegenmachtentfaltung: „Wenn wir im Betrieb stark sind, werden wir auch in der Lage sein, einen gesellschaftspolitischen Anspruch zu formulieren und eine politische Mobilisierung zu erreichen.“⁵⁵

4. Gewerkschaftszukunft und politische Perspektiven

In allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern haben die Gewerkschaften heute ein so entscheidendes Gewicht, daß nicht nur die Haltung zur Regierungspolitik, sondern auch die unmittelbare Interessenvertretung in der Tarifpolitik und im Betrieb in hohem Maße politisiert wird. Diese objektive politische Dimension erhalten Tarifkonflikte und Arbeitskämpfe, wie die Streiks in der BRD 1984 oder der Bergarbeiterstreik in Großbritannien 1984/85 zeigten, unvermeidlich, weil sie in Gegensatz zu Grundorientierungen des konservativen Blocks geraten und damit auch je nach Erfolg oder Mißerfolg dessen politische Wirksamkeit und Stabilität mitbeeinflussen. Nicht zuletzt deshalb spielt die „Gewerkschaftsfrage“ in den Strategievarianten der Bourgeoisie zumal unter Bedingungen des krisenhaften Umbruchs eine so herausragende Rolle.

Diese Politisierung wird durchaus auch vom integrationistischen Flügel in der Gewerkschaftsbewegung wahrgenommen und äußert sich in einer erhöhten Bereitschaft zur sozialpartnerschaftlichen Regulierung von Konflikten (z. B. „Gesamtgesellschaftliche Verabredungen“ à la *Hermann Rappe*) und zur Kooperation auch mit konservativen Regierungen, um politische Polarisierungen zu vermeiden. Angesichts der Labilität des konservativen Blocks in der BRD traten Kräfte dieser integrationistischen Strömung für die Bildung einer „Großen Koalition“ zwischen Unionsparteien und SPD ein, um einen Einfluß der Massenbewegungen auf die Entwicklung der SPD und der politisch-parlamentarischen Szene zu begrenzen und politische Stabilität zu gewährleisten.

55 F. Steinkühler, „Sägen die Gewerkschaften . . .“, a.a.O.

Dies hat die „Blockbildung“ zwischen den strategisch unterschiedlich reagierenden Flügeln in der Gewerkschaftsbewegung zeitweilig noch verschärft. Sie trat erst wieder in den Hintergrund, als sich ab 1985 zunehmend Erwartungen und Bestrebungen auf eine Ablösung der konservativen Regierung durch die SPD konkretisierten.⁵⁶ Die Frage, ob sich eine andere politisch-gesellschaftliche Entwicklungsrichtung in der BRD durchsetzen kann, beeinflußt seitdem die Formulierung der gewerkschaftlichen Perspektive und kann die Bereitschaft zu Massenaktionen erweitern, wie die Herbsdemonstrationen 1985 zeigen.

Eine permanente unaufhaltsame Schwächung gewerkschaftlicher Organisations- und Handlungsmacht ist keineswegs die unvermeidliche Konsequenz der Krisen- und Umbruchprozesse. Vieles wird davon abhängen, ob in den nächsten Jahren die konservative Politik gestoppt und mögliche aggressive Varianten, wie sie in Großbritannien vorgeführt wurden, verhindert werden können. Grenzen und Widersprüche im konservativen Block sind sicherlich auch deshalb sichtbar geworden, weil in den Streiks 1984 das Ziel einer weitgehenden Schwächung der Gewerkschaften und der Ausschaltung ihrer klassenautonomen Strömung verhindert werden konnte.

Auch dies hat die Möglichkeit eines Umschaltens auf einen stärkeren Integrationskurs gegenüber den Gewerkschaften vergrößert. Sollte sich ein reformistisch-etatistischer Entwicklungstyp sozialdemokratischer Prägung in der BRD durchsetzen, wäre mit einer Verstärkung der Integrationslinie zu rechnen. Zukünftige Widersprüche und Konflikte sind damit vorprogrammiert, da auch unter solchen politischen Konstellationen, die innen- und außenpolitisch wichtige Veränderungen gegenüber dem reaktionären und entspannungsfrendlichen Kurs der Konservativen bewirken könnten, eine Vergrößerung der ökonomischen und sozialen Manövrierspielräume kaum zu erwarten ist. Dies würde ja nur bei erheblichen wirtschaftlichen Wachstumsraten ermöglicht.⁵⁷

Verschärfen sich allerdings die sozialen Gegensätze, so zeigen die Erfahrungen der französischen Linksregierung, daß eine „Reformpolitik von oben“ wie Anfang der 70er Jahre in der BRD enge Grenzen besitzt und Fortschritte heute nur durch weitertreibende Mobilisierung und Massendruck möglich sind.⁵⁸ Insofern wird auch unter diesen Kräftekonstellationen die „Gewerkschaftsfrage“ das zentrale Problem bleiben. Damit wird vor allem die Frage nach der politischen Entwicklung innerhalb der Gewerkschaften und ihrer Einflüsse auf die SPD aufgeworfen.

Die Aufgaben der klassenorientierten Kräfte in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung werden u. a. durch die folgenden Gesichtspunkte bestimmt:

56 Ausdruck eines solchen neuen Konsenses, der auf eine neue Hegemoniefähigkeit der SPD zielt, ist das gemeinsame Papier von H. Rappe und F. Steinkühler für den wirtschaftspolitischen Teil des in Arbeit befindlichen neuen SPD-Programms. Vgl. „Brückenschlag in der SPD“, in: FAZ v. 4. 5. 1985.

57 Vgl. hierzu die Beiträge von J. Huffs Schmid und H. Jung in diesem Band.

58 Vgl. hierzu L. Peter, *Zwischen Reformpolitik und Krise — Gewerkschaften in Frankreich 1980–1985*, Soziale Bewegungen H. 17, Frankfurt/M. 1985.

— Es wird vor allem darum gehen, die zu erwartenden unvermeidlichen Konflikte unter den Bedingungen eines reformistisch-etatistischen Entwicklungstyps politisch zu dynamisieren mit dem Ziel einer Demokratisierung und von Eingriffen in das monopolkapitalistische Eigentum. Die programmatische Diskussion in Teilen der Gewerkschaftsbewegung hat hierfür, dies zeigt das Vergesellschaftungskonzept der IG Metall für die Stahlindustrie, günstigere Voraussetzungen geschaffen, als sie etwa 1969 zu Beginn der sozialliberalen Periode bestanden.

— Für die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften bleiben der Bruch mit der Sozialpartnerschaftspolitik und die Stärkung der klassenautonomen Strömung in der Arbeiterklasse das wichtigste Problem. Gleichwohl reicht die Handlungsalternative „kämpferisch statt sozialpartnerschaftlich“ dann nicht aus, wenn nicht auch die neuen Fragen, die sich aus den Veränderungen der sozialen und politischen Struktur der Arbeiterklasse, dem Anwachsen neuer sozialer und politischer Bedürfnisse, den Umbrüchen in der Lebensweise usw. ergeben, bearbeitet und in ein „modernes“ Konzept klassenorientierter Politik integriert werden.

— Neben der Friedensbedrohung zählt die Gefährdung der Überlebensbedingungen der Menschheit durch eine ökologische Krise globalen Ausmaßes zu den zentralen Problemen, die das Handeln der Arbeiterbewegung herausfordern.⁵⁹ Das Problembewußtsein über die Geschwindigkeit und die Dimension der Zerstörungsprozesse (des Bodens, des Wassers, des Waldes, der Luft usw.) ist in den letzten Jahren in den Gewerkschaften gewachsen, und die Kritik an der stofflichen Struktur der Produktion und ihrer Ergebnisse gewinnt an Bedeutung.⁶⁰ Um ressourcen- und umweltschonende Lösungsalternativen, d. h. eine Wende in der Wirtschafts- und Produktivkraftentwicklung durchzusetzen, wird das Zusammenwirken von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit den Kräften der „neuen sozialen Bewegungen“ zur Schlüsselfrage.

— Krise und gesellschaftlicher Umbruch erhöhen die Bedeutung des Politischen in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung: Konkret-materielle Interessenwahrnehmung muß mit den gesamtgesellschaftlichen Widersprüchen vermittelt werden. Über die klassischen Politikfelder hinaus gewinnen die neuen Formen der Krise, die zerstörerischen und bedrohlichen Wirkungen der Destruktivkräfte der Rüstung, die Zerstörung der Umwelt und die Einschränkung von Lebensqualität auch außerhalb des Produktionsprozesses an Gewicht. Die Überwindung der Defensive in den heutigen Verteidigungskämpfen ist daher nur in der Perspektive eines Kampfes um eine alternative Logik der gesellschaftlichen Entwicklung möglich, die letztlich auf den Bruch mit dem Kapitalismus zielt. Diese Perspektive in den gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussionen zu verdeutlichen, ist vor allem Aufgabe der Marxisten.

⁵⁹ Vgl. zur Friedensfrage den Beitrag von J. Reusch in diesem Band.

⁶⁰ Zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Positionen zur Ökologie vgl. E. Gärtner, Gewerkschaften und Ökologie, nachrichten-reihe 32, Frankfurt/M. 1985; E. Hildebrandt u. a., Arbeit zwischen Gift und Grün, a.a.O., sowie Die Mitbestimmung, H. 4–5/1985 (Themenschwerpunkt: Arbeit und Umwelt).